



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche  
Institut für Geschichte,  
Stiftung Universität Hildesheim**

**Dr. Werner Hoyer**

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die EU  
6. Februar 2017

---

**Zum Referenten**

*Dr. Werner Hoyer ist Präsident der Europäischen Investitionsbank. Er wurde 1951 in Wuppertal geboren und besuchte das Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Hannover, wo er sein Abitur 1970 ablegte. Es folgte das Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln, das er 1974 als Diplom-Volkswirt abschloss. Bis 1984 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter dort tätig. Im Jahre 1977 promovierte er zum Dr. rer. pol. mit der Arbeit „Vermögenseffekte des Geldes - Theoretische Ansätze zur Rolle des Geldes als Vermögensobjekt im Wirtschaftsprozess“. Bis 1994 hatte er auch an der Universität zu Köln einen Lehrauftrag für Außenwirtschaft. Von 1985 bis 1987 war Dr. Hoyer Leiter des Bereichs Wirtschaft und Information bei der Carl-Duisberg-Gesellschaft e. V. in Köln. Seit 1972 ist er Mitglied der FDP; von 1984 bis 1992 war er Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Köln. Seit 1984 gehörte er dem FDP-Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen an und seit 1994 auch dem Bundesvorstand. Von 1993 bis 1994 amtierte Dr. Hoyer als Generalsekretär der FDP-Bundespartei und von 1987 bis 2012 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1989 bis 1993 Parlamentarischer Geschäftsführer und von 1990 bis 1994 sicherheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Von Oktober 2002 bis Oktober 2009 war Dr. Hoyer stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises für Internationale Politik sowie außenpolitischer Sprecher der Fraktion, von 1994 bis 1998 Staatsminister im Auswärtigen Amt und dies nochmals von Oktober 2009 bis Dezember 2011. Nachdem der Europäische Rat im Herbst 2011 grünes Licht für seine Kandidatur gegeben hatte, hat der Gouverneursrat Dr. Hoyer zum 1. Januar 2012 zum EIB-Präsidenten berufen.*

**Vortrag**

Der Referent beschäftigt sich in seinem Vortrag mit den Aufgaben der Europäischen Investitionsbank (EIB), heute eher EU-Bank genannt, und berücksichtigt dabei die aktuelle politische und ökonomische Situation. Die EIB entstand mit den Römischen Verträgen und wird daher ebenfalls am 25. März 2017 sechzig Jahre alt; doch kaum jemand kennt diese Bank, obgleich sie im Konzert der europäischen Einrichtungen die „Good News Institution“ ist. Dem gegenüber muss Mario Draghi von der Europäischen Zentralbank (EZB) schwierige Entscheidungen und ein monetary easing vertreten, einen leichten Zugang zum Geld. Ein Kurs, so Hoyer, der nicht mehr lange zu halten sein wird.

Als Hoyer vor fünf Jahren aus der Bundesregierung nach Luxemburg wechselte, sagte ihm sein Vorgänger, jeder Tag an dem die Bank nicht in der Zeitung steht ist ein guter Tag. Das ist grundsätzlich für eine Bank keine schlechte Haltung, aber wenn man eine Institution mit zu verantworten hat, die ein solches Marktpotential darstellt, dann muss man die guten Nachrichten auch nutzen. Deshalb bemühte sich Hoyer die EIB in den letzten Jahren ins Bewusstsein vor allem der politisch Handelnden zu tragen.

Im Jubiläumsjahr 2017 steht es schlecht um die EU, das heißt es steht schlecht um den Ast auf dem wir sitzen, ökonomisch, weil Deutschland und die EU ohne einen



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



starken gemeinsamen Markt nicht die Rolle in der Welt spielen könnten, die sie spielen, und ebenso politisch und sicherheitspolitisch. Es ist an der Zeit, dass wir deutlich machen, wo wir beim Thema Europa stehen. Die Briten haben uns gezeigt wie eine völlig aus dem Ruder gelaufene politische Führung zu einer verheerenden Entscheidung führen kann, unter der wir alle leiden, aber die Briten am meisten. Wer glaubt, er könnte die internationale Arbeitsteilung zurückdrehen, der verzichtet nicht nur auf ihre Vorteile, die seit den Erkenntnissen von David Ricardo und Adam Smith bekannt sind, sondern er fährt Nachteile ein. Das wird Großbritannien zu spüren bekommen, auch auf dem Finanzmarkt, denn es ist das Finanzzentrum Nr. 1 und es ist zu bezweifeln, dass das so bleiben wird. Beim Wirtschaftsforum in Davos, berichtet Hoyer, traf er viele Chefs von internationalen Banken, die sagten, sie wollten nicht die letzten sein, die dort weggehen. Denn es ist eine ungemütliche Situation, wenn das Tätigwerden der Banker auf den europäischen Kontinentalmärkten nicht mehr möglich ist, wenn möglicherweise Emissionen sehr viel schwieriger werden, fast alle Verträge nach englischem Recht geschlossen und im Zweifel vor englischen Gerichten durchgezogen werden. Das sind alles Schwächen für Großbritannien und das haben die Bürgerinnen und Bürger vorher nicht gewusst als sie sie so abstimmten, wie sie es getan haben - was zu respektieren ist.

Wir müssen bei den Bürgerinnen und Bürgern Glaubwürdigkeit für Europa zurückgewinnen und das passiert nicht, wenn man den Weckruf nicht hört, der vom Brexit und von der Wahl Trumps ausgegangen ist und der bedeutet: Sorgt dafür, dass wir das in Europa gemeinsam machen, was wir nur gemeinsam bewerkstelligen können - aber was man besser in Berlin, Hildesheim oder Sarstedt regeln kann, sollte dort geregelt werden. Diesen allgemeinpolitischen Rahmen muss man sehen, wenn es um die EIB geht.

Die EIB ist der finanzielle Arm der Mitgliedstaaten der EU; sie ist Eigentum der Mitgliedstaaten, nicht der Kommission. Es gibt also 28, demnächst 27, Anteilseigner. Jeweils gut 16% beträgt der Anteil von Frankreich, Italien, Deutschland und Großbritannien, der Rest verteilt sich auf die übrigen 24 Staaten. Die Bank wird geführt vom Gouverneursrat, das sind die 28 Finanzminister, und sie hat einen Board of Directors, der nicht vor Ort präsidiert, wie es bei der Weltbank der Fall ist, sondern einmal im Monat zusammenkommt, um Projekte zu genehmigen. Ansonsten wird sie geführt von einem Vorstand, der aus dem Präsidenten und acht Vizepräsidenten besteht.

Die Bank ist in Brüssel entstanden, nach zehn Jahren ist man umgezogen nach Luxemburg. Die Luxemburger haben es geschafft alles zu bekommen, was mit Justiz und Geld zu tun hat: den Europäischen Gerichtshof, den Europäischen Rechnungshof, das europäische statistische Amt, seit 2012 den Europäischen Stabilitätsmechanismus und eben auch die EU-Bank.

Die Bank ist heute der bei weitem größte Emittent von Wertpapieren und lebt von dem Geld, das sie auf den Kapitalmärkten aufnimmt. Sie verkauft im Jahr zwischen 60 und 90 Milliarden Euro EIB-Bonds, die Gesamtsumme liegt bei knapp 600 Milliarden, das jährliche Ausleihvolumen bei 84 Milliarden. Damit ist sie doppelt so groß wie die Weltbank.

Als Hoyer zur EIB kam war gerade die erste Welle der Finanzkrise vorbei. In der Krise brauchte man plötzlich die regionalen Förderbanken, heute N-Banken, die KfW und eben auch die europäische Bank, die im Gegensatz zur N-Bank und zur KfW keine Staatsbank in dem Sinne ist, dass sie auch gleich noch die Staatsgarantie mitbringt. Die EIB muss alles am Markt regeln, aber sie hat einen großen Handlungsspielraum. Was in der Krise aus der europäischen und auch deutschen Industrie geworden wäre wenn die öffentlichen Förderbanken nicht eingestiegen wären, insbesondere die europäische, ist fraglich. Hoyer vertritt die Auffassung, dass die Intervention einer öffentlichen Bank nur gerechtfertigt ist, wenn ein Marktversagen vorliegt und die Finanzierung einer notwendigen und sinnvollen Investition nicht allein vom Markt geregelt werden kann. Praktisch lief das über die Partnerbanken der EIB. Die DZ-Bank, die Dachgesellschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken, ist eine davon. Die EIB ist dort schätzungsweise mit 1,7 Milliarden Euro exponiert, mehr nicht. Sie refinanzieren sich auf den Märkten so günstig, dass sie den Zugriff auf die EIB-Finanzierung nicht in dem Maße brauchen wie andere. Die gibt es nicht nur in schwachen Ländern. Es heißt immer, der Zugang großer und kleiner Unternehmen zu Bankkrediten sei besonders schwierig in Ländern wie Griechenland, Portugal oder Zypern. Aber der Zugang von Kleinunternehmen zu Bankkrediten ist am schwierigsten in den Niederlanden.

Nach der Krise musste die gewachsene Bank zurückgeführt werden auf das Vorkrisenniveau - und dann schlug die Eurokrise zu. Die Staats- und Regierungschefs fragten, ob das Zurückfahren notwendig sei. Das war es, weil die Finanzkennziffern so aus dem Lot geraten waren, dass die EIB beim nächsten Ranking schlecht abgeschnitten hätte. Es sei denn, so Hoyers Argument damals, die Eigentümer sorgten für eine Kapitalerhöhung. So ist damals eine Kapitalerhöhung von 10 Milliarden Euro zustande gekommen, die längst überfällig war. In der Bilanz der Bank stehen als Eigenkapital 232 Milliarden Euro. Davon sind 11 Milliarden eingezahlt, der Rest ist calling capital, das die EIB im Bedarfsfall ziehen kann.

Glaubwürdigkeit ist das Entscheidende in der gesamten Bankenwelt und für die EIB ganz besonders weil sie jedes Jahr rund 80 Milliarden Euro vom Kapitalmarkt holen

muss. Investoren sind zum Beispiel Pensionsfonds aus Kanada und große Unternehmen aus Deutschland oder anderen Staaten. Die EIB ist eine Non-Profit-Organisation, die sich aber gleichwohl am Markt behaupten muss. Sie hat Überschüsse erzielt, die dazu führten, dass sie mittlerweile noch ein Restpolster von 50 Milliarden Euro hat, so dass die Finanzierung der Bank jetzt ganz stabil ist.

Als sie die 10 Milliarden Kapitalerhöhung bekam wurde den Staats- und Regierungschefs versprochen, innerhalb von drei Jahren ein zusätzliches Investitionsvolumen von 180 Milliarden Euro in der Wirtschaft loszutreten. Den Faktor 18 als Multiplikator hatte die Bank nach 23 Monaten erreicht.

Das war der Ansatzpunkt für den sogenannten Juncker-Plan. Als Jean-Claude Juncker noch nicht Kommissionspräsident war fragte er bei der EIB an, was geschehen müsse, um in Europa die Investitionsmaschinerie wieder in Gang zu bringen? Die EIB-Mitarbeiter begannen mit einer soliden Analyse und untersuchten das Investitionsverhalten von Staat und Wirtschaft in der EU im Hinblick auf die Differenz zwischen der politischen Zielsetzung des Europäischen Rates und dem, was tatsächlich in öffentlichen Unternehmensbudgets vorgesehen ist für die Zeit bis 2020. Ziel des Rates ist es zum Beispiel bis dahin 3% des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Wenn man dann schaut, was Unternehmen und Staat auf dem Gebiet der Forschungsförderung vorhaben, kommt man auf eine Finanzierungslücke von 130 Milliarden Euro pro Jahr. Auf dem Gebiet Infrastruktur sind es annähernd 100 Milliarden pro Jahr. Digitalisierung ist der größte Schwachpunkt der deutschen Volkswirtschaft und das gilt für Europa insgesamt, wenn es auch Gebiete gibt in denen die Digitalisierung ganz vorzüglich vorangeschritten ist, wie in den baltischen Staaten und teilweise auch in Regionen Frankreichs. Die Förderung ist viel zu gering, um in Deutschland den Einstieg in die vierte Industrielle Revolution zu schaffen. Es klafft eine Lücke von fast 100 Milliarden. Europa kann beim jetzigen Stand der Datentechnik nur ungefähr ein Drittel seiner Daten selbst verarbeiten und ist ansonsten angewiesen auf Datenzentren und Clouds außerhalb Europas. Was wir hier an Defiziten beobachten ist in Kanada, Vietnam oder Südkorea längst beseitigt.

Der Vergleich zwischen Zielen und Zielerreichungsmitteln ergab insgesamt eine Lücke von 700 Milliarden Euro. Die von Juncker vorgeschlagene erneute Kapitalerhöhung hat Hoyer abgelehnt. 2013 war Liquidität nicht mehr das Problem. Vielmehr wussten die Kapitalsammelstellen, die Versicherungsgesellschaften, gar nicht mehr wo sie vernünftige Anlagemöglichkeiten finden konnten, um ihren Versicherten noch eine geringe Verzinsung garantieren zu können. Geld ist da und Geld kostet nichts. Warum aber fließt diese Liquidität nicht in die Projekte?

Gibt es überhaupt Projekte? Die EIB startete eine Umfrage bei den Mitgliedstaaten der EU. Es kam eine Liste zusammen von knapp 3000 Milliarden Euro Investitionen, die unbedingt getätigt werden müssten. Mindestens die Hälfte davon nach dem Motto: alles, was ich immer schon finanziert haben wollte, was mir aber aus gutem Grund keiner finanziert hat. Aber ein großer Teil der Projekte war belastbar und dann fragt man sich, warum ist niemand bereit das Risiko der Finanzierung auf sich zu nehmen? Mit Risiko ist die entscheidende Dimension angesprochen. In Zeiten der Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunftserwartungen, der Stabilität der eigenen Politik, des wirtschaftlichen Umfelds, vielleicht sogar der Sicherheit, geht man nicht so leicht langfristige Risiken ein.

So ist der Grundgedanke des Juncker-Plans einfach: Lass uns die Investoren ermutigen risikoreicher zu sein indem wir ihnen einen kleinen Teil des Risikos abnehmen. Dafür hat die EU 16 Milliarden Euro aus ihrem siebenjährigen Finanzplan zur Verfügung gestellt – das ist nicht so viel, aber eine relevante Summe. Die Bank hat 5 Milliarden dazugelegt. Die 21 Milliarden Euro dienen zur Absicherung von teilweise minimalen Risiken von Projekten, die sonst nicht auf den Weg gebracht würden. Diesen Plan hat Juncker als Kommissionspräsident im Rat und im EU-Parlament durchgesetzt.

Er hat dann bei der EIB angefragt, ob sie wieder einen Multiplikator von 18 erzielen könnte. Hoyer hielt den Faktor 15 für möglich, was bei 21 Milliarden Garantiebasis 315 Milliarden Euro macht. Seit eineinhalb Jahren ist die EIB dabei das umzusetzen. Die Projektprüfungen laufen bei ihr. Nach der Hälfte der Laufzeit ist sie heute bei weit über der Hälfte der 315 Milliarden angekommen. Aber was ist insgesamt erzielt worden? Roundabout 100 Milliarden Euro im letzten Jahr bei einer Lücke von 700 Milliarden von der die Berechnungen ausgingen. Es ist der Anfang des Weges, der nicht erfolgreich sein wird indem man Geld multipliziert, sondern indem man die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert.

Die EIB führte eine Umfrage unter 12000 Unternehmen in Europa durch, um zu erfahren, wie sie die Lage sehen. Drei Antworten fallen auf: große Unsicherheit über die weitere geschäftliche Entwicklung, hohe Investitionshemmnisse und Schwierigkeiten beim Zugang zur Finanzierung, insbesondere zu Risikokapital. Dazu muss man wissen, dass 75% aller Unternehmensfinanzierungen über Banken laufen; in den USA laufen 80% aller Unternehmensfinanzierungen über den Kapitalmarkt. Europa fängt im Bereich Venture-Capital erst an und besitzt die größte Unternehmung in der EIB-Tochtergesellschaft, dem Europäischen Investitionsfond.

Viel zu tun gibt es auch im Bereich der alternativen Energien. Es klafft eine Riesenlücke zwischen den Energiezielen der EU und dem, was an Investitionen auf den Weg gebracht wurde. Ein großer Schwachpunkt ist der Bereich Forschung, Entwicklung und Technologie. Die Deutschen erreichen knapp das EU-Ziel von 3%, aber wenn die EU insgesamt 3% schaffen will, dann muss Deutschland deutlich darüber liegen. Polen hat 1% des Bruttonutzenprodukts in den Bereich Innovation, Forschung und Entwicklung gesteckt; es sind nicht nur die schwachen die hinterherhinken, sondern diejenigen die ihre strukturpolitischen Aufgaben in den letzten Jahren nicht gemacht haben.

In der Infrastruktur haben die Mitgliedstaaten einen Riesenbedarf. Ein Problem sind die zum Teil großen Vorbehalte gegenüber ÖPP(*öffentlich-private Partnerschaft*)-Projekten, weil sich die Erkenntnis tief eingensistet hat, dass ÖPP-Finanzierungen immer teurer werden als andere, was auf Erfahrungen mit schlecht strukturierten ÖPP zurückgeht, die auf unrealistischen Annahmen beruhten. Deshalb kommt es auf die Qualität der Projekte an und auf eine Bank, die in der Lage ist die Qualität eines Projekts zu beurteilen. Die EU-Bank ist von ihrer Ingenieurskapazität her die bei Weitem stärkste Bank der Welt und sehr gut in der Lage die Qualität zum Beispiel einer Verkehrsprognose oder eines technologischen Werts zu beurteilen. Wenn ihr TÜV-Stempel auf einem Projekt steht, dann wollen die anderen Kapitalsammelstellen und häufig auch andere Banken mitfinanzieren - das heißt der Sinn ihrer Aktivitäten ist „crowding in“ (*Verstärkungseffekt*).

Teil des Juncker-Plans sind schließlich auch Beratungsleistungen, die die Projektpromotor in die Lage versetzen ihre Projekte besser zu strukturieren und krisensicher zu machen. So ist ein großer Baustein des Juncker-Plans der sogenannte European Investment Advisory Hub (EIAH), eine zentrale Beratungsangebotsstelle für Projektentwicklung quer durch die EU.

Seitdem die Bank Juncker damals ihre Analysen vorgelegt hat ist allerdings das Investitionsloch noch größer geworden. Die Vereinten Nationen haben beschlossen, dass sie die „sustainable development goals“ forcieren wollen, die großen Entwicklungsziele bis 2030. Das ist sehr gut, erfordert aber enorme Investitionen. Dazu kam dann Ende 2015 die Beschlussfassung von Paris im Hinblick auf die großen Klimaziele - ein weiterer großer Investitionsposten.

Viele Probleme, die wir bei uns haben, bekommen wir nur in den Griff wenn wir sie an der Quelle lösen. Die Welt hat zurzeit ein gigantisches Migrationsproblem. Auf Europa ist die erste große Flüchtlingswelle vor eineinhalb Jahren zugekommen und es war nicht die letzte. Wir haben Investitionsnotwendigkeiten im Zusammenhang mit Migranten mindestens an drei Stellen: da wo sie eintreffen, in den Durchgangsländern und schließlich bei uns. Land und Bund lassen unsere Kommunen im Stich. Es geht um gigantische Summen, aber die werden sich durch Bautätigkeit und ähnliches

wirtschaftlich auch positiv auswirken. Die Bereitschaft der Finanzminister zuzuhören war relativ begrenzt. Hoyer berichtet, er habe ihnen gesagt: Eines Tages werden euch die Menschen fragen, habt ihr eigentlich nur Symptome kuriert oder seid ihr auch an die Wurzeln gegangen. Hat mal einer die Frage gestellt, warum die Menschen kommen? Warum ist die Perspektivlosigkeit in den Ländern Nordafrikas so ist wie sie ist? Haben wir nicht vielleicht auch einen großen Fehler gemacht was die wirtschaftliche Entwicklung angeht? Haben wir nicht zu lange Entwicklungspolitik als globale Sozialpolitik verstanden, mit viel gutem Willen, aber wenig ökonomischer Strategie? Auch Afrika hat das Zeitalter der Digitalisierung erreicht. Es gibt Regionen in Kamerun oder im Kongo, in denen die Elektrizität noch nicht da ist, aber die Solarpanels, mit denen Funksignale übertragen werden können, die sind schon da und ebenso Generatoren, mit denen man ein Handy aufladen kann. In Gebieten, in denen die Entwicklungspolitik noch nicht angekommen ist, findet mit modernsten Technologien der Zugang zum Gesundheitswesen, zur Bildung, zu Banken statt. Es werden hunderte von Jahren industrieller Entwicklung übersprungen. Das ist eine riesige Chance, das heißt aber auch, man muss bereit sein dort zu helfen - und das treibt die Bundesregierung massiv voran in der EU.

Die EU-Bank investiert ungefähr 10% ihres Volumens, also knapp 10 Milliarden Euro pro Jahr, außerhalb der EU. Dazu gehören insbesondere die Länder, die in unserer Nachbarschaft unmittelbare Unterstützung brauchen. Die Ukraine ist ein wichtiger Mandatsnehmer, weil wir sicherstellen müssen, dass die Ukrainer nicht völlig von den Russen beiseite gedrückt werden. Für Länder wie Moldawien gilt Ähnliches. Hinzu kommen die Regionen dieser Welt in denen plötzlich wieder ein kleines Pflänzchen Hoffnung aufkeimt, wie in Argentinien oder Kolumbien. Die europäische Wirtschaft erwartet, dass wir sie auf ihrem Weg auf diese Märkte begleiten und helfen, wirtschaftliche Beziehungen herzustellen soweit sie von Vorteil sind. Hoyer ist der Meinung, dass die EU in den nächsten Jahren das Verhältnis 90% innerhalb der EU und 10% außerhalb zugunsten der außereuropäischen Staaten verändern muss.

Die EIB wird auf den Märkten sehr geschätzt und bekommt beim Rating ein AAA. Sie muss, um das zu erreichen, hochprofessionell und kommerziell denken, ohne ein kommerzielles Gewinnziel zu haben. Aber wenn man sich die Bilanzfiguren der großen deutschen Banken in diesem Jahr anschaut und sieht, dass die EIB gerade 3 Milliarden Euro Gewinn für 2016 anmeldet, dann sieht die Bank so schlecht nicht aus. Hoyer schließt: Sie sollten das wissen, denn das ist Ihre Bank, die Bank für den Mittelstand in der EU.

## **Auszüge aus der Diskussion**

### **Frage:**

Sie haben gesagt, dass die vier Hauptbeteiligten mit je 16% dabei sind, auch Großbritannien. Wer übernimmt nach dem Ausscheiden der Briten aus der EU die Anteile?

### **Antwort:**

Das weiß noch niemand. Es beginnt zurzeit ein fürchterlicher Poker, bei dem es um viel Geld geht. Wie will Großbritannien das zukünftige Verhältnis zur EU organisieren? Was macht ein Land das 16,1% dieser Bank besitzt? Wie bewertet man den Marktwert? Dafür gibt es bisher kein Beispiel. Man könnte sagen die Briten besitzen 16% des eingezahlten Kapitals, also 16% von 21 Milliarden Euro, aber sie könnten auch argumentieren, wir haben Anspruch auf 16% über die Jahrzehnte, dann reden wir von 16% von 70 Milliarden oder noch mehr. Man kann sich vorstellen, dass das eines Tages vor dem EuGH landen wird.

Es gäbe genügend Interessenten, nur sind die Anteile der Bank nicht handelbar. Man müsste den Weg der Kapitalerhöhung gehen und diese Erhöhung müsste, nach Auszahlung Großbritanniens, dann von den anderen 27 gemeinsam getragen werden. Die Drohung, wir zwingen euch die EU-Bank zu verkleinern, geht jedenfalls ins Leere - und das ist die wichtige Information für die Märkte.

Daher bin ich einigermaßen entspannt und trotzdem tut es weh. Wir haben über 300 britische Mitarbeiter, Großbritannien ist wichtig in der Außenpolitik, einer der wichtigsten Geber für die Entwicklungszusammenarbeit, es ist einer unserer wichtigsten Partner und wird uns richtig fehlen.

Es ist mir, selbst wenn ich nur den ganz kleinen Ausschnitt dieser EU-Bank sehe, völlig rätselhaft wie der Austritt innerhalb von zwei Jahren verhandelt werden soll, denn Großbritannien selbst fehlen die Verhandlungskapazitäten. Es hat zum Beispiel gar keine trade negotiations mehr, und die müssen Handelsabkommen schließen mit allen Ländern der Welt, auch mit uns. Das wird uns in den nächsten zwei Jahren beschäftigen und Ressourcen binden - und dann kommt es hinterher zum Referendum und das britische Volk sagt, diesen Vertrag wollen wir nicht.

**Frage:**

Nach welchen Konditionen refinanziert sich ihre Bank?

**Antwort**

Das ändert sich von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag. Das Trading ist ein spannender Teil der Arbeit für Spezialisten und sehr unbeständig. Das Volumen, die Kraft der EU, die dahintersteht, das klare Commitment der Mitgliedstaaten zur EU-Bank und die Qualität des Portfolio führen dazu, dass wir immer günstiger finanzieren können als die Partner und Konkurrenten. Die Konditionen, die wir rein marktbasierend zum Beispiel dem griechischen Kunden anbieten können, liegen um mindestens 2% unter dem, was der Markt bietet. Das liegt daran, dass wir so günstig refinanzieren. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns auf die Gebiete konzentrieren, wo wir wirklich einen europäischen Mehrwert erzielen und nicht da hingehen wo es am leichtesten wäre und die Geschäftsbanken verdrängen.

**Frage:**

Es wird immer gesagt, die Banken haben Schwierigkeiten Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu geben. Auf der anderen Seite gab es aber in den letzten Jahren immer mehr Regulierungen für die Banken. Den Banken werden ihre Möglichkeiten genommen - das hemmt doch sicher die Investitionstätigkeit.

**Antwort:**

Das ist zweifellos der Fall. Nach dem, was hier vor zehn Jahren passiert ist mit Lehman Brothers ist klar geworden, da muss was passieren, und das ist auch zum großen Teil geschehen. Aber ich habe auch den Eindruck, dass bisweilen über das Ziel hinausgeschossen wurde. Wir können teilweise einem Kreditinstitut kaum mehr zumuten einen billigen Handwerkerkredit auf den Weg zu bringen weil allein der Dokumentationsaufwand so groß geworden ist, dass sich das nicht mehr lohnt. Deswegen sind die Nachfragen nach unseren Papieren oder unseren Kooperationen so groß, weil diese Banken dann Freiraum haben, um neue Kredite vergeben zu können und froh sind wenn es eine Risikoteilung gibt. Es ist ein Punkt erreicht, an dem wir nochmal kritisch überprüfen müssen, was gut ist und wo der bürokratische Aufwand in eine Richtung geht, der die Kreditvergabe völlig kaputt macht.

Als die EIB gegründet wurde lag Europa in Trümmern und es ging darum den Wiederaufbau zu finanzieren, den Weg in einen Binnenmarkt finanzwirtschaftlich zu begleiten und große regionale Unterschiede auszugleichen. In Italien der hinkt der Mezzogiorno immer noch hinter dem Rest des Landes hinterher; da ist noch viel zu tun. Kein Mensch hätte damals daran gedacht, dass wir KU(*kleine Unternehmen*)-Kredite vergeben und heute sind es schon schätzungsweise 30 Milliarden pro Jahr. Wenn sie das multiplizieren mit dem, was wir gemeinsam mit vielen anderen Partnern machen, dann sind das gewaltige Summen ohne die der Mittelstand, der gerade auch für die deutsche Volkswirtschaft entscheidend ist, Probleme hätte. Die meisten Mittelständler wissen gar nicht, wo das Geld herkommt. Sie bekommen es von ihrer Bank und erfahren nicht, dass die Hälfte von der EU kommt. Das kritisiere ich. Wir müssen die Banken zwingen, dass sie auf ihre Verträge ganz dick ein EU-Logo setzen, damit die Bürger merken, hier wird etwas finanziert weil Europa dahintersteht.

**Frage:**

Sie erwähnten zu Anfang die Politik von Herrn Draghi und sagten dann in einem Nebensatz, der Kurs ist nicht mehr länger zu halten. Können Sie das näher erläutern?

**Antwort:**

Es gehört zum volkswirtschaftlichen Grundverständnis, dass ein System nicht lange aufrecht zu erhalten ist wenn Geld keinen Preis hat. Das hat lange sehr gut funktioniert, wahrscheinlich war es auch erforderlich, und Draghi hat vor sieben oder acht Jahren einen großen Beitrag geleistet, um der Politik Zeit zu kaufen. Die ist in manchen Ländern hervorragend genutzt worden und in anderen so gut wie gar nicht und dadurch driften die Länder auseinander. In Italien z.B., wo weiteres quantitative easing (*Ausweitung der Geldbasis durch die Zentralbank*) unbedingt erforderlich ist, haben wir eine andere Situation als in Deutschland, wo die Inflationsrate bei 2% liegt. Wenn man den Euro als einheitlichen Wirtschaftsraum bewahren will, muss man für Ausgleich sorgen - und ich glaube, dass die Grundgedanken auch in Berlin verstanden werden.

Man muss auch sehen, dass Deutschland nicht der Gefahr erliegen darf jetzt um des lieben Friedens willen große Ausgabenprogramme zu starten. Man würde nur Stroheffekte erzielen. Alle guten sozialpolitischen Wohltaten, die vielleicht noch kommen sollten, würden uns im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer gewaltig schaden.

Wenn wir ein bisschen mehr tun würden, um unsere Infrastruktur voranzubringen würden wir einen Produktivitäts- und Wettbewerbseffekt erzielen und für die nächsten Jahrzehnte besser vorbereitet sein.

**Frage:**

Gibt es aus ihrer Sicht durch den Euro die Chance, dass die europäischen Staaten zu einer gemeinsamen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik kommen? Ohne die ist meiner Ansicht nach das ganze Problem nicht zu lösen.

**Antwort:**

Ja und nein. Die Frage ist, was das konkret bedeutet. Als Ökonom würde ich sagen, es ist nichts dagegen einzuwenden wenn die Fragen der Lasten, der Verantwortlichkeiten und der Rechte einigermaßen ausgeglichen sind. Wenn aber der reine Umverteilungsgedanke dahintersteht, die Vergemeinschaftung der Schulden, dann wird die Zustimmung zum europäischen Projekt leiden. Wenn ein Premierminister in einem Land Wahlkampf betreibt indem er trotz völliger Überschuldung 800 Millionen Euro über den Staatshaushalt in eine sonst nicht finanzierbare Rentenverbesserung steckt und die Rechnung anschließend in Den Haag, Bratislava, Wien und Berlin abgibt, dann werden die Leute bye bye zu Europa sagen.

Das Horrorjahr 2016 ist abgeschlossen, 2017 darf kein weiteres Horrorjahr werden, und deswegen sind große Hoffnungen verbunden mit den Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland. Ich bin optimistisch dass Wilders keine Chance hat, ich glaube auch nicht, dass Frau Le Pen eine Chance hat und ich glaube nicht, dass Deutschland instabil wird. Wenn wir alle drei Hoffnungen zusammenfügen, dann kann 2017 eine Jahr der Stabilisierung werden. Aber wenn wir jetzt noch einen Fehler machen und eins dieser Länder preisgeben, dann ist Europa im Kern gefährdet und dann werde ich ihnen lieber keinen Vortrag über die zu erwartenden Wirtschaftszahlen in den nächsten zwei Jahrzehnten halten.

**Frage:**

Sehen die Politiker mit denen sie sprechen auch so?

**Antwort:**

Ja, aber jetzt muss gehandelt werden und das ist etwas wo wir alle noch ein bisschen schwach sind. Die Erkenntnis ist ja manchmal schon da aber die Mühen der Ebenen  
m  
ü  
s  
s  
e